

BUNDESGERICHTSHOF

IX ZB 426/70

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Mirla Chava T [REDACTED] geb. S [REDACTED],
[REDACTED], rue St. F [REDACTED], F [REDACTED] P [REDACTED]/Fr [REDACTED].

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte van Nes [REDACTED],
[REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED] K [REDACTED] -

g e g e n

Land Nordrhein - Westfalen,
vertreten durch die Landesrentenbehörde Nordrhein-Westfalen,
T [REDACTED]straße [REDACTED], D [REDACTED],

Beklagten und Beschwerdegegner

Ein gesetzlicher Grund für die Zulassung der Revision (§ 219 Abs. 2 StG) liegt nicht vor.

Das Urteil beruht auf der dem Tatrichter obliegenden Würdigung des Sachverhalts und der tatsächlichen Befunde und Gutachten. Der Berufungsrichter sieht es nicht als erwiesen an, daß die Klägerin unter hinfälligen Bedingungen (§ 43 Abs. 3 StG) hat leben müssen, und verneint deshalb ohne Rechtsirrtum die Voraussetzungen für die Vermutung nach § 20 Abs. 2 mit § 15 Abs. 2 StG. Er hat sich nicht durch zu überzogenen Verneinungen, daß ihre Erwerbsfähigkeit durch Beschwerden und Beeinträchtigungen, die mit Wahrscheinlichkeit auf die Verfolgung zurückgeführt werden können, um mehr als 15 v. H. gemindert worden ist oder wird. Das

- 3 -

schließt den Anspruch auf Kapitalentschädigung und Rente aus jedem rechtlichen Gesichtspunkt aus (§§ 161, 36, 31 Abs. 1 BEG). Die Ärzte zu den in ihren Attesten bestätigten Behauptungen der Klägerin als sachverständige Zeugen zu vernahmen, war das Berufungsgericht nicht verpflichtet (vgl. BGH RnW 1973, 60 Nr. 21).

Dr. Thumm

Gürtner



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
(mobile App)

[JLaw – für Android](#)[JLaw – für iOS](#)